

## 100.000 Pflegekräfte mehr

In unseren Krankenhäusern muss immer weniger Pflegepersonal immer mehr Patientinnen und Patienten versorgen — in immer kürzerer Zeit. Die Ursache: Krankenhäuser werden mehr und mehr wie kapitalistische Unternehmen geführt. Die Finanzierung durch Krankenkassen und Länder deckt den Bedarf nicht. Privaten Kliniken geht es vor allem um Profite. Leidtragende sind die Patientinnen und Patienten sowie die Beschäftigten. **Insgesamt fehlen in Deutschland 100.000 Pflegekräfte**, zudem Ärzte und technisches Personal.

Wir wollen, dass die Pflege in der Gesellschaft besser anerkannt wird: Das bedeutet vor allem auch neben mehr Personal eine bessere Bezahlung. Mehr Pflegekräfte heißt auch: weniger Stress bei der Arbeit. Auszubildende dürfen nicht auf den Personalschlüssel angerechnet oder als Reserve für Nachtschichten genutzt werden. Und die Ausbildung muss attraktiver werden. Anfang des Jahres hat das Bundeskabinett eine Reform der Pflegeberufe beschlossen. Die Ausbildung soll vereinheitlicht werden. Doch das reicht nicht.

### Deshalb fordert DIE LINKE:

- ★ Wir wollen eine vergütete duale Ausbildung. Zwei Jahre soll die Ausbildung aller Pflegeberufe gemeinsam erfolgen, im letzten Jahr gibt es eine Spezialisierung. Schließlich ist Kinder- und Altenpflege nicht dasselbe.
- ★ Wir wollen, dass gesetzlich festgelegt wird, wie viele Pflegekräfte mindestens pro Patient zur Verfügung stehen müssen. Das bedeutet: Eine gesetzliche Personalbemessung.
- ★ Für eine angemessene Versorgung fehlen derzeit 100 000 Pflegekräfte! Die Stellen müssen bundesweit geschaffen, frei stehende Stellen sofort besetzt werden.
- ★ Krankenhäuser in öffentlicher Hand: Statt sie kaputt zu kürzen, müssen Kliniken bedarfsgerecht finanziert werden!

**DIE LINKE unterstützt im Tarifkonflikt die Kolleginnen und Kollegen und die Gewerkschaft ver.di:**

**Für bessere Arbeitsbedingungen und weniger Stress für die Beschäftigten. Und für eine bessere Ausbildung.**

v.i.S.d.P.: DIE LINKE. Baden-Württemberg  
Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart 0711.241045  
www.die-linke-bw.de  
Heidi Scharf



## Das sind die Gefahren für unsere Krankenhäuser:

- ★ **Das Verrechnungs-System nach Fallpauschalen (DRG)**  
Heute bekommen die Krankenhäuser ihr Geld danach, wieviele „Fälle“ sie abrechnen. Das begünstigt große Kliniken, die Behandlungen „wie am Fließband“ abarbeiten können. Vor allem Privatkliniken sind so organisiert. Benachteiligt werden kleine Krankenhäuser oder solche „im ländlichen Raum“, die jederzeit alle möglichen Behandlungen vorhalten müssen und viele Ambulanzfälle haben. Dadurch entsteht ein enormer Spardruck.
- ★ **Das Land Baden-Württemberg kommt seinen Investitionsverpflichtungen nur ungenügend nach.**  
Gesetzlich ist das Land verpflichtet, alle Investitionen der Kliniken zu übernehmen. Weil diese Verpflichtung aber nicht strafbewehrt ist, macht das Land das nicht, warum auch? Es passiert ja nichts. Das bedeutet, dass Landkreise zuschießen müssen. Kredite und Abschreibungen belasten die Kliniken, sie müssen sparen, und da die Personalausgaben der größte Posten ist, wird dort am meisten gespart. Im Konzert mit dem DRG-System ist so der Pflegenotstand vorprogrammiert.
- ★ **Es gibt keinen vernünftigen Krankenhausbedarfsplan.**  
Besonders verwerflich ist es, dass es über diese Themen keine öffentliche Debatte gibt! Jedes Krankenhaus kämpft ums Überleben und spart und spart und spart. Anstatt dass ein Plan erarbeitet wird, welche Klinik wo notwendig ist, organisieren die politisch Verantwortlichen, zum Beispiel das Sozialministerium im Land, dass das Kliniksterben im Konkurrenzverfahren passiert: Krankenhäuser gehen pleite. Bis zuletzt jedoch kämpfen die Klinikleitungen und die Beschäftigten ums Überleben.

**DIE LINKE.**  
BADEN-WÜRTTEMBERG

### Und so steht das auch in unserem Bundestags-Wahlprogramm-Entwurf:

DIE LINKE will eine Krankenhausfinanzierung, die Patientinnen und Patienten nicht als pauschale Fälle betrachtet, sondern den notwendigen Bedarf des Krankenhauses deckt und sich am Gemeinwohl und nicht an wirtschaftlichen Kriterien orientiert. Die Fallpauschalen gehören abgeschafft.

Krankenhäuser sind Teil des Sozialstaates. Ihr Zweck ist nicht die Gewinnmaximierung, sondern die Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen stationären Leistungen. (...)

Um den Investitionstau in den Krankenhäusern abzubauen, muss der Bund die zuständigen Länder zweckgebunden unterstützen. Wir fordern eine jährliche Beteiligung des Bundes in Höhe von 2,5 Mrd. Euro (die andere Hälfte tragen die Länder). Damit kann der heute bestehende Investitionsbedarf bei den Krankenhäusern in den kommenden etwa zehn Jahren abgebaut werden.

Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand: Weitere Privatisierungen müssen verhindert werden und bereits privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in nicht-profitorientierte Trägerschaft überführt werden. Rekommunalisierung spielt dabei eine tragende Rolle.

Der Pflegenotstand an deutschen Krankenhäusern geht uns alle an.



Karikatur: Klaus Stüttmann

An vielen Kliniken in Baden-Württemberg kommt es zur Zeit zu Tarifaktionen der Beschäftigten zusammen mit der Gewerkschaft ver.di.

Wir informieren Sie heute darüber.

Es geht um einen Tarifvertrag, der eine verbindliche Personalbemessung an Kliniken vorschreibt, um so aus dem Pflegenotstand zu kommen. Denn:

**Der Personalmangel  
im Krankenhaus  
gefährdet Ihre Gesundheit.**

Diese betrieblichen/gewerkschaftlichen Aktionen sind extrem wichtig! DIE LINKE unterstützt die berechtigten Forderungen der Beschäftigten im Krankenhaus. Auch unsere Bundestagsfraktion beantragte schon eine gesetzliche Personalbemessung.

Und heute sammelt die Linke Unterschriften, die wir an Gesundheitsminister Gröhe übergeben wollen. Das Ziel für unsere Krankenhäuser ist:

**100.000 Pflegekräfte mehr!**

**Gegen den  
Pflegenotstand in  
unseren  
Krankenhäusern:  
100.000 Pflege-  
kräfte mehr!**



**DIE LINKE.**  
BADEN-WÜRTTEMBERG